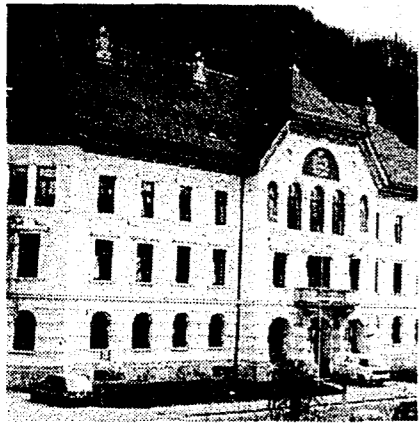


# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL



Am 15. Dezember wird die neue Regierung in Vaduz vereidigt.

### Regierungsbestellung im Landtag vom 15. Dezember

Am Donnerstag, 25. November 1993, trafen sich die Verhandlungsdelegationen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei zur dritten Besprechungsrunde. Der Vereinbarungstext über die Regierungsbildung konnte inhaltlich abgeschlossen werden. Anlässlich der nächsten Zusammenkunft vom 1. Dezember 1993 werden die Formulierungen allenfalls nochmals angepasst und der Vereinbarungstext zwischen den Delegationen endgültig verabschiedet. Danach haben die zuständigen Parteigremien definitiv zu bestimmen. Nach Rücksprache mit Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten und dem Landtagspräsidenten wurde vereinbart, am 15. Dezember 1993 in einer Landtagssitzung die neue Regierung, die Verwaltungsbeschwerdeinstanz sowie Verwaltungsrat und Aufsichtsrat der Liechtensteinischen Gasversorgung zu bestellen.

### CH-Tourismus krebst

Bern (AP) Die Nachfrage in der Schweizer Hotellerie ist im Oktober erneut gesunken. Wegen der angespannten Wirtschaftslage, des schlechten Wetters und der Unwetterkatastrophe im Wallis und im Tessin ging die Zahl der Hotelübernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 Prozent zurück, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mitteilte. Der Abschluss im Oktober komme im längerfristigen Vergleich nur auf Platz 16 und liege rund 15 Prozent unter dem Oktobermittel der vergangenen fünf Jahre, heisst es in der Mitteilung.

### Spardruck auf RhB

Bern (AP) Der Bundesrat hält den Spardruck auf der Rhätischen Bahn (RhB) aufrecht. Das Unternehmen muss rund zehn Millionen Franken einsparen. Gleichzeitig eröffnet ihm der Bund zusätzlichen finanziellen und zeitlichen Spielraum, um Entlassungen zu vermeiden, wie das BAV am Donnerstag mitteilte. Bundespräsident Adolf Ogi und Finanzminister Otto Stich legten einer Delegation des Kantons Graubünden und der RhB am Mittwoch eine entsprechende Übergangslösung vor.

## Herrenpyjamas von Calida!

Ihr Mann braucht es!

Bei uns bekommen Sie es!

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan

## Mehrertrag von 15 Mio. Franken durch geplante Steuererhöhungen

Die Regierung beantragt eine Anhebung der Motorfahrzeugsteuer und der Besonderen Gesellschaftssteuer um 20 Prozent ab Januar 1994

(mö) – Die Fiskalabgaben bilden die wichtigste Ertragsquelle im staatlichen Haushalt. Sofern der Landtag im Dezember den von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhungen zustimmt, kann im kommenden Jahr ein Steuerergebnis von 324,5 Mio. Franken erwartet werden. Im Vergleich zum Budget '93 entspricht dies einer Zunahme von 21,5 Mio. Franken bzw. von 7,1 %. In dieser Zuwachsrate sind die beantragte Erhöhung der besonderen Gesellschaftssteuer von 1000 auf 1200 Franken für Sitzunternehmungen und Holdinggesellschaften mit 14 Mio. und die geplante lineare Anpassung der Motorfahrzeugsteuer mit einem Mehrertrag von knapp 1 Mio. Franken berücksichtigt worden.

In den Begleitgesetzen zum Landesvoranschlag 1994 hat die Regierung beim Landtag eine 20prozentige Anpassung der besonderen Gesellschaftssteuer und der Motorfahrzeugsteuer beantragt, welche die Ertragsverhältnisse des Staates gesamthaft um rund 15 Mio. Franken verbessern würden. Ohne Einbezug der vorgesehenen Anpassungen der Steuer-

sätze würde sich die Zuwachsrate bei den Fiskaleinnahmen auf 6,5 Mio. Franken oder 2,1 % vermindern.

### Voraussetzung für Budgetgleichgewicht

Die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen auf Gesetzesebene bilden laut Regierung neben einer konsequenten Rückbindung der laufenden Ausgaben eine der Grundvoraussetzungen für die Präsentation eines ausgeglichenen Gesamtbudgets. In ihrer finanzpolitischen Zielsetzung geht die Regierung von der Annahme aus, «dass der Landtag der Anpassung verschiedener Steuern die Genehmigung nicht versagen wird, wenn der Beweis erbracht wird, dass die Regierung alle vertretbaren Massnahmen getroffen hat, um die Kredite im eigenen Wirkungsbereich des Landes nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Notwendigkeit und Dringlichkeit zu bemessen».

### Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer

Die vorgeschlagene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer begründet die Regierung damit, dass die Steuersätze seit 1947 praktisch unverändert geblieben

seien, obwohl sich seither ein Preisanstieg von 397 % ergeben habe. Inzwischen liegt auch ein überarbeiteter Entwurf für ein neues Gesetz über die Motorfahrzeugsteuer vor, der von der Finanzkommission vor kurzem beraten wurde. Die Kommission beschloss, dem Landtag in Abweichung von der Vorlage eine Erhöhung um 33 % für Personewagen vorzuschlagen. Die neuen Ansätze für Lastwagen und Motorräder gemäss Entwurf wurden gutgeheissen. In der Kommission wurde auch eine jährliche Anhebung von jeweils 10 % des Steuerbetrages bis auf das Niveau des Kantons St. Gallen diskutiert, wo die Steueransätze durchschnittlich mehr als das Doppelte der liechtensteinischen Sätze betragen.

Nachdem eine Beratung und Verabschiedung der Vorlage im Landtag in diesem Jahr nicht mehr möglich ist, schlägt die Regierung im Entwurf des Finanzgesetzes für 1994 als Übergangsregelung für ein Jahr eine lineare Erhöhung der Steuersätze für Motorfahrzeuge um 20 % vor, was zu Mehreinnah-

men von rund 960 000 Franken führen würde. Im Rechnungsjahr 1992 flossen dem Land aus der Motorfahrzeugsteuer rund 4,8 Mio. Franken an Einnahmen zu.

### Keine Abwanderung zu befürchten

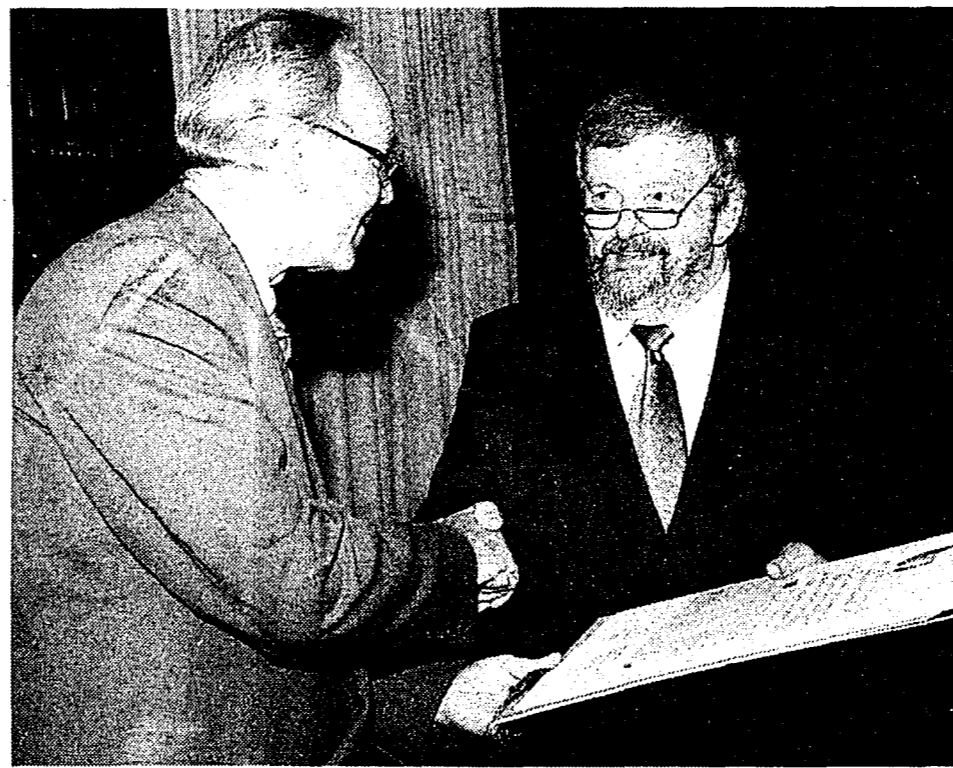
Mit der Abänderung des Steuergesetzes soll erwirkt werden, dass die Mindeststeuer für die Sitzunternehmungen und Holdinggesellschaften von 1000 auf 1200 Franken angehoben wird. Der Erhöhung um 20 % steht laut Regierungsbericht seit der letzten Anpassung im Jahre 1975 eine Teuerungsrate von 86 % gegenüber. Die Anpassung vermög deshalb knapp einen Viertel des Geldwertverlustes auszugleichen. Mit der massvollen Anhebung der Mindeststeuer sei die Tragbarkeit der fiskalischen Belastung für die Gesellschaften durchaus gewahrt, argumentiert die Regierung, und sie halte auch die Abhängigkeit des Staates von den Einnahmen aus einer einzelnen Steuerquelle in vertretbaren Grenzen. Nach Auffassung der Regierung ist nicht zu befürchten, dass dadurch eine Abwanderung von Domicilgesellschaften in andere Niedersteuere Länder stattfinden und der Neuzug von Verbandspersonen eine Beeinträchtigung erleiden werde, da für die Wahl des Domicils andere als rein steuerliche Überlegungen massgebend seien.

## Förderer für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet

Fürstlicher Rat Robert Allgauer erhielt gestern in Vaduz den Josef Gabriel von Rheinberger-Preis

Der diesjährige Josef Gabriel von Rheinberger-Preis der Gemeinde Vaduz geht an einen grossen Förderer von Wissenschaft und Kultur. Anlässlich einer kleinen Feierstunde konnte gestern abend Fürstlicher Rat Robert Allgauer aus den Händen von Bürgermeister Arthur Konrad den mit 10 000 Franken dotierten Preis im Geburtshaus des grossen Liechtensteiner Komponisten in Vaduz entgegennehmen.

Der Josef Gabriel von Rheinberger-Preis wird von der Gemeinde Vaduz in der Regel alle zwei Jahre verliehen und stellt einen Anerkennungspreis für wissenschaftliche und kulturelle Leistungen dar. Einstimmig fasste das Preisgericht dieses Jahr den Beschluss, dass der Preisträger 1993 Robert Allgauer heissen soll. Er erhielt den Preis für seine vielseitigen Aktivitäten als Präsident des Kulturbeirates, ehemaliger Mitbegründer der Landesbibliothek und Landesbibliothekar, Verleger, Autor, Redaktor, Herausgeber und Lektor verschiedener Liechtensteinia und vieles mehr. Wie Dr. Alois Ospelt in seiner Laudatio betonte, sieht Robert Allgauer die Kulturpolitik stets auch als wichtiges Mittel der Aussenpolitik unseres Landes an.



Aus den Händen von Bürgermeister Arthur Konrad konnte gestern abend Fürstlicher Rat Robert Allgauer den Josef Gabriel von Rheinberger-Preis entgegennehmen. (Bild: bs)

### Mehrertrag von 14 Mio. Franken

Die besonderen Gesellschaftssteuern deckten 1975 mit einem Ergebnis von 41,8 Mio. Franken einen Anteil von 27,1 % der staatlichen Gesamtausgaben von damals 154 Mio. Franken ab. 1992 konnte mit dem Steuerergebnis von 73,5 Mio. Franken noch ein Anteil von 17,1 % der ausgewiesenen Gesamtausgaben von 430 Mio. Franken finanziert werden. Für das Jahr 1994 kann auf der heutigen Gesetzesgrundlage mit einem Ertrag von ca. 75 Mio. Franken aus der besonderen Gesellschaftssteuer gerechnet werden. Bei einer Anpassung der Mindeststeuer auf 1200 Franken pro Jahr würden sich die Einnahmen um 14 auf 89 Mio. Franken erhöhen.

Die von der Regierung gleichzeitig beantragte Abänderung des Gesetzes über die Bildung eines Investitionsfonds hat zum Inhalt, dass die Hälfte der vorgeschlagenen Mindeststeuer ab 1. Januar 1994 dem Investitionsfonds zufließt, welcher der Deckung von Ausgaben des Staates für eigene Investitionsvorhaben dient.

## Deutlich rückläufige Bautätigkeit

Schweizer Beschäftigungstiefstand seit 20 Jahren

Bern (spk) Auch nach drei Quartalen präsentiert die Lage in der schweizerischen Baubranche alles andere als rosig. Die Gesamtbautätigkeit sank um sechs, die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe um 5,5 Prozent auf den Tiefstand seit 20 Jahren ab.

Die vom Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) per Stichtag 1. Oktober 1993 durchgeführte Konjunkturerhebung zeigt eine Abnahme der Gesamtbautätigkeit in den ersten drei Quartalen 1993 von rund sechs Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. Der öffentliche Hochbau verzeichnet als einzige Bauparte eine Zunahme der Bautätigkeit um 3,6 Prozent, was gemäss SBV den antizyklischen und rasch beschäftigungswirksamen Effekt des laufenden Investitionsbonus unterstreicht.

Im Hochbau sank die Bautätigkeit um 5,4 Prozent. Auch der Tiefbau verzeichnete einen Abwärtstrend (-6,7 Prozent; Vorjahr: -4,3 Prozent). Die stärksten Einbußen vermeldete mit minus 16,2 Prozent immer noch der marktseitig gesättigte gewerblich-industrielle Bau. Der Wohnungsbau stagniert auf dem tiefen Niveau des Vorjahres und liegt damit immer noch 20,0 Prozent unterhalb des

Wertes von 1990. Im öffentlichen Tiefbau nahm die Bautätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 7,2 Prozent ab, gab der SBV bekannt.

Im Gegensatz zur Bautätigkeit verbessert sich – dank sinkender Zinsen und der positiver Inflationserwartungen – die Auftragslage im privaten Bau. Nach wie vor keine positiven Anzeichen weist hingegen der öffentliche Bau auf, vermeldet der SBV. Betragsmässig entspricht der Zuwachs der Arbeitsvorräte im Wohnungsbau den Abnahmen in den Sparten des öffentlichen Tiefbaus und des gewerblich-industriellen Baus.

Die Anzahl der Beschäftigten sank per Stichtag 1. Oktober 1993 um 5,5 Prozent auf 135 378 ab. Innerhalb dreier Jahre sind damit im Bauhauptgewerbe über 30 000 Stellen verlorengegangen. In den letzten 20 Jahren war noch nie ein solch tiefes Beschäftigungsniveau verzeichnet worden, verlaublich der SBV. Die Investitionen in Baubetriebsinventar sind gegenüber dem Vorjahr um weitere 13 Prozent gesunken und liegen auf einem historischen Tiefpunkt. Der Abbau personeller und technischer Kapazitäten zeigt, welche tiefgreifende Strukturereinigung sich im Bauhauptgewerbe bereits vollzogen hat.

## Steigerung des Konzernumsatzes

Hilti erwartet für 1993 ein gutes Geschäftsergebnis

(G. M.) – Die Hilti Gruppe erwartet für das laufende Geschäftsjahr eine Steigerung des Konzernumsatzes von 3,2 % auf 2,268 Milliarden Franken. Dies erklärte Michael Hilti, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Konzerns, an einer Pressekonferenz in Zürich. Michael Hilti wird auf 1. Januar 1994 aus der Geschäftsleitung ausscheiden und vollamtlicher Verwaltungsratspräsident werden. Firmengründer Prof. Dr. h.c. Martin Hilti legt das Mandat als Verwaltungsratspräsident auf diesen Zeitpunkt nieder, verbleibt jedoch als Ehrenpräsident im Verwaltungsrat.

Neben dem Hauptsitz in Schaan verfügt die Hilti Gruppe über ein weltweites Verkaufnetz sowie über neun Produktionswerke in Europa und Amerika, zu denen mehrere kleinere Produktionsstätten dazukommen, die für den nationalen Bedarf in den einzelnen Ländern fertigen. Gesamthaft beschäftigt die Hilti Gruppe 12 270 Mitarbeiter, wovon rund zwei Drittel in der direkten Kundenberatung in den Märkten tätig sind, ein Drittel in den verschiedenen Werken und in der Zentrale sowie in der Forschung und Entwicklung.

Die Hilti Gruppe möchte ihre Unternehmensstrategie, die 1990 neu formuliert wurde, konsequent weiterführen.

«Im Rahmen dieser Strategie», erklärte Michael Hilti, «wird eine klare Konzentration der Unternehmensaktivitäten auf das gewerbliche wie industrielle Bauwesen und damit auf den professionellen Anwender vorgenommen.» Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit soll im kommenden Jahr nach seinen Worten ein weltweites Projekt zum Zeit-Gewinn gestartet werden: «Hilti soll noch schneller, effizienter und flexibler werden.»

Die neue Unternehmensstrategie verlangt von Hilti, wie an der Pressekonferenz erklärte wurde, auch Verlagerungen. Einige Verlagerungen haben bereits stattgefunden, andere werden folgen, wenn es die Wettbewerbsfähigkeit verlangt. Auf der anderen Seite erfolgen auch weitere Akquisitionen von Firmen, insbesondere im Bereich der Baucheemie, die das zweite Standbein der Gruppe werden soll. Verhandlungen dazu sind in China sowie in Mexiko im Gange. Allerdings wird Hilti nicht einfach Firmen kaufen, erklärte der künftige Konzernleiter Dr. Pius Baschera, sondern die Produktion müsse in die Gruppe passen, ebenso müssten die Qualitätsstandards erfüllt sein.

Mehr über Hilti auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.